

vom 4. August 2017

Seite 3

Interview: Beamte

„Bei Mangelberufen muss das Land finanziell deutlich aufsatteln“



Volker Stich,
Vorsitzender des Beamtenbunds
Baden-Württemberg (BBW)

Beamtenbund-Landeschef Volker Stich fordert mehr Geld für Mangelberufe im öffentlichen Dienst. Außerdem äußert er sich zu den Verbandsquerelen auf Bundesebene.

Staatsanzeiger: Gibt es im öffentlichen Dienst wirklich ein Bewerberproblem, wie Sie seit Jahren klagen? Die Polizei hat es jedenfalls nicht, wie man aus dem Innenministerium hört.

Volker Stich: Tatsache ist, dass wir einen Bewerbermangel haben – auch im Polizeibereich. Vor acht Jahren hatten wir für die 1300 Ausbildungsstellen pro Jahr bis zu 9000 Bewerber. Derzeit ist die Bewerberzahl auf 2000 zurückgegangen. Natürlich ist für jede Ausbildungsstelle noch ein Bewerber da. Da eine Auslese aber nur noch in geringem Umfang stattfinden kann, sinkt die durchschnittliche Qualifikation. Wir haben eine besorgniserregende Situation, was die Polizei, was die Finanzverwaltung und die allgemeine Verwaltung angeht. Noch kritischer sieht es in der technischen Fachverwaltung, dem Gesundheitswesen und einzelnen Segmenten der Schulen aus.

Was muss das Land tun, um diese Bereiche attraktiver zu machen?

Ich bin nicht so vermessen, zu sagen: Wir brauchen gleiche Verhältnisse wie in der Wirtschaft. Im Beamtenbereich haben wir Faktoren, die per se schon hochattraktiv sind. Das ist zum einen der Beamtenstatus mit einer lebenslangen Beschäftigungsgarantie und einer ordentlichen Pension, aber auch



Amtsärzte verdienen in der Regel deutlich schlechter als andere Ärzte. Die Folge: Die Gesundheitsämter haben Nachwuchssorgen. FOTO: DPA

14 Jahre an der Spitze des Beamtenbunds

Seit 2003 ist Volker Stich Chef des Beamtenbunds Baden-Württemberg. Ende des Jahres geht der Gymnasiallehrer in den Ruhestand. Mit vier Ministerpräsidenten hatte er zu tun – und hat drei wieder gehen sehen. Günther Oettinger (CDU) hat er eine beschleunigte Umset-

zung der Pension mit 67 ausgerechnet und von ihm eine Dienstrechtsreform nach dem Geschmack des Beamtenbunds bekommen. Unter Winfried Kretschmann (Grüne) waren die Beziehungen lange frostig. Das hat sich mit dem Regierungseintritt der CDU geändert.

weiche Faktoren wie Familienverträglichkeit. Aber es darf nicht sein, dass eine junge Frau, ein junger Mann in der freien Wirtschaft fast das Doppelte geboten bekommt. Da muss deutlich aufgesattelt werden.

Wie stellen Sie sich das vor?

Ich denke an einen strukturellen Zuschlag, der auch zeitlich begrenzt sein kann. Es geht darum, dass man den jungen Leuten einen Anreiz bietet. Ich bin mir bewusst, dass eine solche Diskussion kontrovers geführt wird. Wie nimmt man die Abgrenzung vor? Ist es

nicht ungerecht, dass einzelne nicht mehr bekommen? Aber bevor der Staat seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann, sollte er Instrumente entwickeln, um in Mangelbereichen noch qualifizierten Nachwuchs zu bekommen.

Eignung, Befähigung und fachliche Leistung. Dies sind die Parameter, die laut Verfassung entscheiden, wer welches öffentliche Amt – und damit auch welches Gehalt – bekommt. Ist es überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn jetzt ein vierter Parameter – der Bewerbermangel – hinzukommt?

Ein junger Techniker oder Vermesser wurde schon in der Vergangenheit schlechter eingestuft als eine junge Grundschullehrerin, obwohl beide gleich lang studiert hatten. Das lag an der Bewerbersituation als auch an politischen Vorgaben. Deshalb sehe ich keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

Laut Bundesverfassungsgericht kann eine zeitlich gestaffelte Übertragung von Tarifergebnissen verfassungswidrig sein. Haben Sie einen Fehler gemacht, als Sie sich im Frühjahr auf eine erneute zeitlich gestaffelte Übertragung eingelassen haben?

Auf den ersten Blick müsste ich sagen: ja. Hätten wir dieses Urteil schon gehabt, hätten wir diesem Kompromiss nicht zustimmen dürfen. Doch im Frühjahr war die Sachlage eine andere – und das Angebot, das uns die Landesregierung machte, durchaus diskussionswürdig. Dementsprechend haben die BBW-Gremien einstimmig ihre Zustimmung erteilt.

Im Herbst wählt der Deutsche Beamtenbund (DBB) eine neue Führungsspitze. Manche sprechen von einer Schicksalswahl. Wie wichtig ist es, dass der Chef einer Organisation, die sich Beamtenbund nennt, selber Beamter ist?

Das war in der Tat über viele Jahrzehnte hinweg eine Selbstverständlichkeit. In den letzten zehn Jahren hat sich jedoch einiges geändert. Der Tarifbereich wurde integriert. Jetzt vertritt der DBB beide Statusgruppen, die Beamten und die Tarifbeschäftigten. Insofern hat sich die Ausgangslage entscheidend geändert.

Der ehemalige DBB-Chef Peter Heesen hat in dieser Frage klar Position bezogen – für den Beamten Ernst Walter und gegen den Angestellten Ulrich Silberbach. Wie bewerten Sie sein Engagement?

Das ist ein schwieriges Thema. Ehemalige Vorsitzende haben natürlich einen hohen Erfahrungsschatz. Aber ich gehe davon aus – und das habe ich mir auch zur

Richtschnur gemacht –, dass ich mich aus dem aktuellen Geschehen raushalten muss, wenn ich nicht mehr an der Spitze meiner Organisation stehe. Ich kann meine Meinung kundtun, wenn ich darum gebeten werde. Ansonsten würde ich still sein.

Braucht der DBB nicht wieder einen Chef wie Heesen, der auch Themen setzen kann, die über das Alltagsgeschäft hinausgehen – und dies medial in Szene zu setzen versteht?

Da gebe ich Ihnen Recht. Ein Vorsitzender einer so großen Organisation wie der DBB sollte auch gesellschaftspolitisch relevante Themen und Bereiche ansprechen und sich positionieren. Wir können aber nur den zum Vorsitzenden wählen, der bereit ist, es zu machen. Ich schätze Peter Heesen im höchsten Maße, da er dem DBB ein spezifisches, gesellschaftlich anerkanntes Gepräge gegeben hat. Die Zeit mit ihm innerhalb der Organisation war jedoch nicht immer einfach. Wo Licht ist, ist auch Schatten. In dieser Hinsicht lief unter seinem Nachfolger Klaus Dauderstädt vieles besser.

Auch im Landesverband stehen Wahlen an. Bedauern Sie, dass es vermutlich nicht zu einer Stichwahl kommt?

Ich bedauere es gar nicht, dass wir im Vorfeld Diskussionen hatten und sich jetzt herauskristallisiert, dass nur noch ein Kandidat antritt. Jede Kampfkandidatur hinterlässt auch Verlierer – nicht nur die Mitbewerber, sondern auch Unterstützer.

Und was möchten Sie Ihrem Nachfolger – voraussichtlich Kai Rosenberger – auf den Weg geben?

Dasselbe, was ich mir stets zur Richtschnur gemacht habe. Er möge viel zuhören, in Kontakt mit politisch Verantwortlichen treten und eine klare, aufrechte Linie verfolgen, keine Hinterzimmerpolitik betreiben und wichtige beamtenpolitische Fragen möglichst frühzeitig aufgreifen.

Das Gespräch führte
Michael Schwarz